

**Beginn: 10.03 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 19. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und gleichzeitig zur ersten Sitzung im neuen Plenarsaal. Ich freue mich sehr, dass auch die Zuschauertribünen gut gefüllt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Keine Schuld ist dringender, als die, Dank zu sagen“, soll vor mehr als 2.000 Jahren der römische Staatsmann Cicero betont haben. Deswegen möchte ich mich, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bei einigen Personen unserer Landtagsverwaltung bedanken, die in besonderem Maße zum Gelingen der Baumaßnahme beigetragen haben. Dies gilt federführend unserem Landtagsdirektor Armin Tebben und der Abteilungsleiterin Zentrale Dienste und stellvertretenden Direktorin Frau Maria Steinhagen sowie Frau Schreiber und Frau Ben Araar. Für die Erprobung und Betreuung der technischen Ausstattung möchte ich Herrn Thomas Elwert danken. Ohne die engagierte Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältigen Bereichen wären der Einbau des neuen Plenarsaals und die Sanierung des Schlossgartenflügels nicht möglich gewesen.

Diesen Einsatz mit wichtigen Beiträgen für die Fertigstellung hat insbesondere Frau Petra Günther geleistet. Frau Günther hat vor fast genau fünf Jahren ihre Tätigkeit in der Landtagsverwaltung aufgenommen und heute, an ihrem letzten Arbeitstag, kann sie die Ergebnisse ihrer Arbeit miterleben, die erste Sitzung des Landtages im neuen Plenarsaal. Vielen Dank, Frau Günther, für Ihren Einsatz und für Ihr Engagement. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft natürlich alles, alles Gute. Und jetzt bitte ich Frau Günther zu mir.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
CDU, AfD, DIE LINKE und BMV– Gratulation)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir nunmehr nach nur vier Jahren Bauzeit erstmals in unserem neuen und, wie ich finde, sehr gelungenen Plenarsaal tagen können. Am Samstag haben wir uns mit einer Veranstaltung bei

den Bauarbeitern bedankt und den neuen Plenarsaal erstmals für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Ich gebe zu, dass ich das nicht abgesprochen hatte, sondern die Fraktionen erst im Nachhinein darüber informiert habe, aber ich glaube, dass es auch in Ihrem Sinne war, dass diejenigen, die uns hierhergeschickt haben, die Ersten waren. Es war mir ein besonderes Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Ersten sind, die noch vor der offiziellen Eröffnung einen Blick in diese Stätte der demokratischen Auseinandersetzung werfen können.

Gestern haben die meisten von Ihnen an der Festveranstaltung teilgenommen und die eindringlichen Worte von Professor Lammert und Rainer Prachtl vernommen. Ich wünsche uns für die kommenden Jahre, in denen wir in diesem Raum arbeiten werden, viele gute Entscheidungen für die weitere erfolgreiche Entwicklung unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und vor allen Dingen wünsche ich uns eine Debattenkultur, die diesem Hohen Hause zur Ehre gereicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Datum vom 16. August 2017 ist Herr Helmut Holter aufgrund eines Mandatsverzichts aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern ausgeschieden. Als Listennachfolger der Landesliste der Partei DIE LINKE ist Herr Henning Foerster festgestellt worden, der auch schon auf seinem Platz sitzt,

(Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse,  
Thomas Krüger, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

und zwar natürlich gemäß Paragraf 46 Absatz 5 in Verbindung mit Paragraf 34 Landeskommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern. Ab dem 25. August 2017 ist er jetzt Mitglied des 7. Landtages. Ich heiße Herrn Foerster in unserem Hause wieder herzlich willkommen und wünsche ihm natürlich alles Gute für die Arbeit hier im Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, BMV  
und auf der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Schreiben vom 6. September 2017 hat die Fraktion der AfD mitgeteilt, dass seit dem 5. September 2017 der Abgeordnete Holger Arppe nicht mehr Mitglied der Fraktion der AfD ist. Künftig ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Besser ist das auch.)

Keine Kommentare zu den Anmerkungen der Präsidentin bitte!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

... wird er sein Mandat als fraktionsloser Abgeordneter ausüben. Die sich daraus ergebenden geringfügigen Änderungen der Redezeiten für die Fraktionen werden beachtet.

Mit Schreiben vom 25. September 2017 ist mir mitgeteilt worden, dass sich die Fraktion der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern – Abkürzung BMV – gegründet hat. Ihr gehören die Abgeordneten Dr. Matthias Manthei, Bernhard Wildt, Christel Weißig und Ralf Borschke an. Die sich daraus ergebenden Änderungen der Redezeiten sind im Ältestenrat bekanntgegeben worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vorläufige Tagesordnung der 19. und 20. Sitzung liegt Ihnen vor. Die Beratung des Tagesordnungspunktes 12 entfällt, da der Antrag zwischenzeitlich vom Antragsteller zurückgezogen wurde. Im Ältestenrat ist weiterhin vereinbart worden, zu Tagesordnungspunkt 8 keine Aussprache vorzusehen. Des Weiteren hat sich der Ältestenrat darauf verständigt, am heutigen Sitzungstag eine Mittagspause von einer Stunde nach den Haushaltsberatungen vorzusehen, da die Baukommission tagt. Wird der vorläufigen so geänderten Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 19. und 20. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Die Fraktion der AfD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 7/1102 zum Thema „Anpassung des Abgeordnetengesetzes Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll,

nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 1 aufrufen. Die Vizepräsidentin wird das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir jetzt in die reguläre Sitzung eintreten, muss ich Sie darüber informieren, dass ich, wie heute schon dem NDR zu entnehmen war, schwer erkrankt bin, längere Zeit ausfallen werde und mit allergrößter Hoffnung und Wahrscheinlichkeit Anfang des nächsten Jahres wieder meine Amtsgeschäfte hier aufnehmen werde. Deshalb darf ich mich jetzt von Ihnen verabschieden und bitte Beate Schlupp, meine Vizepräsidentin, hier die Tagungsleitung zu übernehmen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1: Aktuelle Stunde**. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Innovative Unternehmen und gute Löhne für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

### **Aktuelle Stunde**

### **Innovative Unternehmen und gute Löhne für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat zunächst die Ministerpräsidentin des Landes Frau Schwesig.

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich mich zum Thema der Aktuellen Stunde äußern möchte, erlauben Sie mir zwei Bemerkungen.

Zum einen gilt natürlich auch im Namen der gesamten Landesregierung die gute Besserung für unsere Landtagspräsidentin. Wir wünschen ihr für die nächste Zeit viel Kraft und freuen uns darauf, sie Anfang des Jahres wieder gesund und munter hier im neuen Plenarsaal erleben zu dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der  
SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, BMV  
und auf der Regierungsbank)

Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung: Ich würde mir schon wünschen, weil wir viel über Respekt und den Umgang miteinander sprechen – wir haben ja auch dazu gestern kluge Worte des Bundestagspräsidenten gehört –, ich würde mir einfach wünschen, dass wir, da es ja offensichtlich bei Politikerinnen und Politikern wie auch im Volk vorkommt, dass der eine oder andere mal schwer erkrankt, diesen Menschen, und das sind sie auch, zukünftig die Möglichkeit einräumen, sich selbst als Erstes zu erklären.

Ich möchte eine zweite Anmerkung zu diesem neuen Saal machen: Ich gratuliere dem Präsidium, den Abgeordneten unseres Landes, aber vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zu diesem schönen neuen Plenarsaal. Ich finde, er ist sehr schön und er ist bodenständig, so wie unser schönes Land Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb freue ich mich sehr, dass diese erste offizielle Plenarsitzung damit beginnt, dass wir über ein wichtiges Thema sprechen, ein Thema, das die SPD-Fraktion angemeldet hat: „Innovative Unternehmen und gute Löhne für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern“. Wie ich schon in meiner Regierungserklärung deutlich gemacht habe, ist das ein Schwerpunktthema der Arbeit der Landesregierung, weil es darum geht, in unserem Land die Wirtschaftskraft zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land gute Arbeit haben mit guten Löhnen, die die Existenz sichern und die Arbeit, die jeden Tag geleistet wird, anzuerkennen. Das ist das klare Ziel der gemeinsamen Landesregierung aus SPD und CDU.

Sehr geehrte Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich gut entwickelt. Die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Einheit und sie sinken weiter. Ich selbst kann mich gut erinnern, wie es war als junges Mädchen in der Schule in Wendezeiten, dass viele junge Menschen, viele meiner Mitkameraden aus der Schule in den Westen gegangen sind, weil ihre Eltern dort Arbeit gefunden haben. Das ist es, was jetzt neu ist, dass die jungen Menschen und die Familien nicht mehr weggehen müssen, sondern hierbleiben können, weil es endlich Arbeit gibt in unserem Land.

Im Jahresvergleich von 2016 zu 2017 sind die Arbeitslosenzahlen um 10 Prozent gesunken, bei Langzeitarbeitslosen sogar überdurchschnittlich um fast 16 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt weiter an, ebenso steigt die Zahl der offenen Stellen. Die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern blicken optimistisch in die Zukunft. Das zeigen die Konjunkturumfragen der Kammern im Land sehr deutlich. So erfreulich diese Entwicklung ist, beim Lohnniveau hinkt unser Land Mecklenburg-Vorpommern immer noch hinterher. Wir haben hier Fortschritte zu verzeichnen, auch dank des Mindestlohnes und der Lohnsteigerungen, aber der durchschnittliche Bruttolohn in Mecklenburg-Vorpommern liegt bei etwas mehr als 2.300 Euro für eine Vollzeitstelle. Wobei das der Durchschnitt für Vollzeit ist – wir wissen alle, es gibt viele Männer und Frauen in unserem Land, die weit weniger als 2.300 Euro bekommen, erst recht, wenn sie vielleicht nur eine Teilzeitstelle haben. Und wir wissen, dass, wenn man heute eine Familie ernähren möchte, selbst 2.300 Euro kein Einkommen ist, mit dem man große Sprünge machen kann.

Vor allem sind es 800 Euro weniger, als die Beschäftigten in den westdeutschen Bundesländern erhalten, obwohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land genauso viel können und genauso fleißig sind wie in Westdeutschland. Deshalb sage ich nach der langen Debatte, dass sich endlich die Renten Ost-West angleichen müssen und es müssen sich auch die Löhne Ost-West angleichen. Das ist das, was die Politik nicht einfach per Gesetz beschließen kann, aber wir können Impulse geben und Anreize schaffen. Dazu gehört, dass wir die

Wirtschaft stärken, denn das ist der beste Garant dafür, dass wir auch zu höheren Löhnen kommen. Deshalb investieren wir in die Wirtschaftskraft des Landes.

Ich will drei Punkte ansprechen, die besonders wichtig sind:

Erstens. Wir müssen uns breiter aufstellen. Wir haben eine starke Branche in unserem Land, das ist die Tourismusbranche. Da sind wir sehr erfolgreich und das wollen wir auch bleiben. Das Tourismusbarometer des Ostdeutschen Sparkassenverbandes hat ja gezeigt, dass wir weiter in die Tourismusbranche investieren müssen. Aber ich sage auch, der Strandkorb allein reicht nicht. Wir müssen ebenso die Land- und Ernährungswirtschaft, die erneuerbaren Energien, die Gesundheitswirtschaft, die maritime Industrie, das Handwerk oder auch die Zulieferer für die Automobil-, Luft- und Raumfahrtindustrie unterstützen.

Die Luft- und Raumfahrtzulieferindustrie ist ein gutes Beispiel, worum es in den kommenden Jahren geht. In dieser Branche gibt es viele innovative, bewegliche Mittelständler und es gibt eine starke Vernetzung zwischen diesen Unternehmen, ein Unternehmen zieht das nächste. Ein konkretes Beispiel: Im März haben wir in Schwerin den neuen Produktionsstandort von ZIM Flugsitz eröffnet und in der nächsten Woche können wir schon das Richtfest bei BVS Systemtechnik, dem nächsten Luftzulieferer, der sich hier bei uns ansiedelt, feiern. Und darum geht es uns in den nächsten Jahren: Wir wollen Stück für Stück neue Unternehmen ansiedeln, aber die, die da sind, auch weiter unterstützen.

Ein zweites wichtiges Thema ist die Digitalisierung. Sie ist entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, auch in unserem Land. An dieser Stelle haben wir, glaube ich, noch gut Luft nach oben. Es ist wichtig, zunächst zum schnellen Breitband für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, aber auch für viele Unternehmen zu kommen. Ein Unternehmen aus Pasewalk hat mir berichtet, dass es schwierig ist, vor Ort zu bleiben, wenn eben diese Internetverbindungen nicht gut genug sind. Deshalb danke ich unserem Energieminister Christian Pegel, der gemeinsam mit den Gemeinden und Kreisen hier viel erreicht hat. Alle Anträge aus Mecklenburg-Vorpommern sind mittlerweile genehmigt und wir werden in dieser Frage schneller vorankommen.

Aber wir dürfen auch nicht bei dem Ziel von 50 MBit stehen bleiben, wir brauchen schnellere Netze, leistungsstärkere Netze, vor allem für die Wirtschaft und auch für die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen werden wir mit der neuen Bundesregierung das Gespräch über ein Programm zum Ausbau der Glasfasernetze suchen. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es kann nicht so bleiben, dass wir in der Frage „schnelles Netz in Deutschland“ im internationalen Vergleich hinter Chile und Mexiko liegen. Bei allem Respekt für die Menschen und für diese Länder, aber ich glaube schon, dass unser Land Deutschland und natürlich auch wir in M-V den Anspruch haben müssen, bei diesem Zukunftsthema vorne mitzuspielen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Nikolaus Kramer, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier im Land wollen wir gerade die kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Weg ins digitale Zeitalter begleiten. Wir wollen die, die schon gute Ideen haben, dabei unterstützen und wir wollen die, die sich vielleicht mit dem Thema noch schwertun, besser unterstützen, es anzupacken. Denn es ist mir wichtig, dass nicht das passiert, was in einzelnen Branchen schon passiert, dass die guten Kundenstämme, die sich fleißige Unternehmerinnen und Unternehmer aufgebaut haben, sozusagen im digitalen Verkauf zu anderen gehen und nicht mehr bei den Unternehmen bei uns bleiben, sondern uns muss es gelingen, die Digitalisierung selbst zu nutzen für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer.

Dazu wollen wir spezielle Gründerzentren für digitale Start-ups schaffen. Wir wollen die langjährig guten Erfahrungen der Technologie- und Gründerzentren mit den speziellen Anforderungen von neuen, jungen Unternehmen für digitale Produkte verknüpfen. Dazu habe ich bereits Gespräche geführt mit Vertretern der Unternehmerverbände, aber auch mit Unternehmerinnen und Unternehmern selbst, was wir konkret machen wollen, und wir werden dazu ein 10-Millionen-Euro-Programm für die Digitalisierung auf den Weg bringen.

Der dritte Punkt ist, dass auch wir im Land wie deutschlandweit vom Export leben. Auch der Export ist wichtig. Es ist wichtig, dass wir gute Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern in andere Länder exportieren, damit unsere Unternehmerinnen und Unternehmer Geld verdienen, hier Arbeitsplätze sichern und auch neue schaffen können. Deshalb ist es mir wichtig, die Wirtschaft zu unterstützen, dort, wo die Kontakte im Ausland entstehen und weiter ausgebaut werden können. Aus diesem Grund war ich mit einer großen Delegation in der vergangenen Woche in Sankt Petersburg im Leningrader Gebiet, unser Partnerregion.

Es war eine gute, erfolgreiche und wichtige Reise. Es gibt auf beiden Seiten ein starkes Interesse, die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, aber auch in der Wissenschaft und in der Kultur zu vertiefen. Den paar Kritikern, die sich anlässlich dieser Reise von den Hinterbänken des Deutschen Bundestages gemeldet haben, möchte ich noch mal sagen: Diese Zusammenarbeit, die seit 15 Jahren besteht mit dem Leningrader Gebiet in Russland, ist eine Zusammenarbeit, die schon sehr solide ist, auf guten Füßen steht, die aber ausgebaut werden muss.

Ich habe großen Respekt vor unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, die gerade in schwierigen Zeiten, in Zeiten der Sanktionen durchhalten. Diese Reise war auch für diese Unternehmen gedacht, um zu sagen, es ist gut, dass ihr durchhaltet. Diese wirtschaftlichen Kontakte wollen wir ausbauen. Ich glaube, dass es wichtig ist, gerade in schwierigen Zeiten im Dialog zu bleiben und sich nicht wegzuducken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Wir suchen natürlich auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern. So werde ich beispielsweise in der kommenden Woche gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern in der Schweiz sein. Dazu werde ich nach Bern reisen. Gestern gab es hier in Schwerin die Grundsteinlegung des Schweizer Unternehmens Ypsomed aus der Medizintechnikbranche. Wir hoffen, dass wir weitere innovative Unternehmen aus der Schweiz für Mecklenburg-Vorpommern interessieren können.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist das, was Regierung ganz konkret für Wirtschaft tun kann: Mittel zum Investieren, konkrete Unterstützung, wenn es um die internationale Zusammenarbeit geht, und Unterstützung bei dem großen Thema Digitalisierung. Aber allein auf die Stärkung der Wirtschaftskraft zu setzen, würde nicht ausreichen. Wir wollen ebenso da Einfluss nehmen, wo wir Anreize setzen können für Unternehmen in unserem Land, gute Löhne zu zahlen, im Übrigen auch, um die vielen Unternehmen zu unterstützen, die das längst tun.

Dabei ist klar, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, in unserem Land gibt es Tarifautonomie, das heißt, Sozialpartner handeln die Löhne für Unternehmen aus. Das ist gut so und das soll so bleiben. Aber wir müssen auch feststellen, dass es gerade immer wieder nicht gelingt, zum Beispiel Löhne in Ost und West gleich zu verhandeln, sondern es immer noch Unterschiede gibt, auch in Tarifverträgen zwischen Ost und West, die die Menschen heute hier nicht mehr verstehen.

Ich glaube, bei der Frage „Einkommen und Lohn“ geht es natürlich immer um die Existenz, um Existenzsicherung für sich selbst, aber auch für die eigene Familie. Es geht darüber hinaus um Anerkennung und Respekt für das, was die Menschen in unserem Land leisten, und das muss deutlich werden. Deshalb haben wir bereits in der Vergangenheit Anreize gesetzt. Zum Beispiel haben wir 2012 die Vergabe von Landesaufträgen daran gekoppelt, dass die Unternehmen mindestens 8,50 Euro die Stunde zahlen. Damit waren wir damals ein Vorreiter für den Mindestlohn, lange bevor es den Mindestlohn deutschlandweit gab. Damals gab es noch sehr unterschiedliche Meinungen zu dem Thema. Wir sehen heute, dass der Mindestlohn wichtig und richtig ist für viele Menschen in unserem Land, eine Haltelinie für Lohndumping nach unten.

Aber der Mindestlohn reicht nicht. Wir wollen, dass die Menschen von guten Tariflöhnen leben können, insbesondere dann, wenn sie einen guten Abschluss haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, haben SPD und CDU bei der Bildung dieser Großen Koalition beschlossen, dass wir in dieser Wahlperiode prüfen wollen, wie wir weitere Schritte machen können, wie wir die Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Schaffung sozialversicherungspflichtiger, tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können.

Wir haben uns außerdem darauf verständigt, dass wir über Änderungen im Vergabegesetz diskutieren wollen. Ich habe in den letzten Wochen mit dem DGB wie auch mit der Vereinigung der Unternehmensverbände Gespräche geführt. Beide Gespräche waren gut, sachlich und konstruktiv, aber selbstverständlich haben die Sozialpartner unterschiedliche Vorstellungen davon, wie stark die Anreize sein müssen, wie man so etwas verankert. Die Gewerkschaften wollen viel mehr und die Unternehmerverbände sind natürlich in dieser Frage eher reserviert. Deshalb ist es meine Aufgabe, gemeinsam mit der Landesregierung diese unterschiedlichen Sichtweisen zusammenzuführen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken für die vielen Gespräche, die schon in den Regierungsfractionen gelaufen sind, bei Jochen Schulte, bei Herrn Waldmüller, die Vorschläge dafür unterbreitet haben, wie man diese unterschiedlichen Sichtweisen zusammenführen kann.

Wir haben in der gestrigen Kabinettsitzung einen Beschluss gefasst, wie wir bei diesem konkreten Thema weitermachen. Bis zum 5. Dezember wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Wirtschaftsministeriums auf Basis der Vorschläge eine Novellierung des Vergabegesetzes vorschlagen. Zeitgleich werden die Richtlinien für die Vergabe von Fördermitteln zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur überarbeitet. Kernanliegen dieser Überarbeitung ist, Unternehmen, die ihren Beschäftigten ein mindesttarifgleiches Entgelt zahlen, gegenüber anderen Unternehmen besserzustellen. Wir wollen also für die Unternehmen Anreize schaffen, die gute Arbeitsplätze schaffen, dort mehr Steuergeld investieren in die Schaffung guter Arbeitsplätze.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass wir uns auf diese gemeinsame Linie verständigt haben, denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass

unser Land nur attraktiv und wettbewerbsfähig ist, wenn bei uns gute Löhne gezahlt werden. Wir wollen keinen Wettbewerb und keine Werbung mit unserem Land mit Billiglöhnen machen, sondern mit guten Löhnen und guter Arbeit, mit einem Land zum Leben und zum Arbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, natürlich kann auch die Politik etwas dafür tun, dass mehr im Familieneinkommen bleibt. Deshalb werden wir Ihnen nachher im Haushalt vorstellen, dass wir vorhaben, um die Familien weiter zu entlasten bei den Kitagebühren. Auch das ist eine ganz konkrete politische Maßnahme, wie wir etwas dazu beitragen können, dass die Frauen und Männer, die auch Eltern sind, mehr Familieneinkommen haben, damit das Familieneinkommen nicht gleich aufgefressen wird von den Kitagebühren. Wir wollen die Eltern ab 01.01.2018 für jedes Kind in der Kita um 50 Euro monatlich entlasten, das heißt, 600 Euro mehr im Familieneinkommen. Das ist auch ein guter Beitrag dafür, dass Leute in unserem Land gute Arbeit bekommen, gute Löhne und dass davon auch was im Familieneinkommen bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bin sicher, dass wir weiter hier im Landtag darüber sprechen werden, wie wir die Wirtschaftskraft stärken, und über gute Löhne und faire Löhne diskutieren. Es ist wichtig, dass die Menschen sehen, dass uns dieses Thema bewegt und dass wir nicht alles dem Zufall überlassen. Dabei setze ich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern und natürlich auch mit den Fraktionen hier im Hohen Haus. Gute Arbeit dank einer starken, innovativen Wirtschaft, das ist auch in Zukunft die wichtigste Aufgabe der Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat die Durchführung einer außerordentlichen Ältestenratssitzung beantragt. Ich unterbreche diese Sitzung für zehn Minuten und berufe den Ältestenrat ein. Die Sitzung ist unterbrochen.

**Unterbrechung: 10.29 Uhr**

---

**Wiederbeginn: 11.00 Uhr**

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Die Ältestenratssitzung hat stattgefunden, weil es im Vorfeld einige Irritationen zur Redereihenfolge gab. Im parlamentarischen Verfahren ist es üblich, dem Antragsteller zuerst das Wort zu erteilen. Wir haben im Ältestenrat Einvernehmen darüber erzielt, dass ich entsprechend die Reihenfolge anpasse, und da die Fraktion der SPD den Antrag eingebracht hat, die Aktuelle Stunde zum genannten Thema vorzusehen, bitte ich nun für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Schulte ums Wort.

**Jochen Schulte**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Vielleicht am Anfang noch mal eine Bemerkung zu dem, was eben hier stattgefunden hat. Damit meine ich nicht die aus meiner Sicht inhaltlich starke Rede meiner Ministerpräsidentin, sondern den Umstand, der zur Irritation geführt hat, dass die Ministerpräsidentin zu Beginn der Aktuellen Stunde geredet hat, das war offensichtlich ein Kommunikationsdefizit, und da noch mal den Punkt deutlich zu machen, aus Sicht meiner Fraktion gibt es keinen Grund, an irgendeiner Stelle die inhaltlichen Ausführungen der Ministerpräsidentin, die sie hier gemacht hat, egal, an welcher Stelle sie ihren Redebeitrag einbringt, infrage zu stellen, ganz im Gegenteil, wir vertreten genau ihre Ansichten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, letzten Sonntag war Bundestagswahl und der eine oder andere von Ihnen wird das Ergebnis positiv bewerten, der andere vielleicht nicht ganz so positiv. Gestatten Sie, für meine Partei war es insgesamt nicht so erfreulich, wie wir das gewünscht haben, aber mal völlig losgelöst von der Frage, wie das Wahlergebnis war, ist natürlich dann auch die Frage, was denn eigentlich der Hintergrund ist. Jeder von Ihnen mag das parteipolitisch aus seiner Sicht interpretieren, wie er das möchte, aber letztendlich haben uns diese Wahl und auch die Wahlen vorher gezeigt, dass die Menschen nicht nur in unserem Land, sondern in der Bundesrepublik insgesamt immer stärker verunsichert sind. Globalisierung, Digitalisierung, Internationalisierung – übrigens nicht nur, was Terrorismus angeht, sondern auch die Fragen der Migration – beschäftigen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik Deutschland, und sie verunsichern sie auch. Sie stellen sich Fragen, wie wir unsere Errungenschaften – und damit meine ich jetzt nicht allein die materiellen Errungenschaften – wahren können, wie wir unsere Zukunftsperspektiven sichern können.

Unsere Aufgabe, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, ist es natürlich, diese Ängste wahrzunehmen, aber auch Antworten zu suchen, Antworten, die dann tatsächlich den Menschen diese Ängste nehmen können. Unsere Aufgabe ist es aber auch, gleichzeitig deutlich zu machen, dass solche Prozesse wie Internationalisierung, Globalisierung nicht etwas sind, wovor man sich verstecken kann, wovor man Mauern erbauen kann. Man kann Mauern in den Köpfen aufbauen, aber die werden die Menschen nicht abhalten und die werden die Industrialisierung,

die fortschreitende Digitalisierung nicht beenden. Man kann sich dem nicht durch mentale Flucht entziehen. Wer den Kopf bei diesem Sturm – diesem wirtschaftlichen Sturm auch, der nicht nur über unser Land, über unsere Gesellschaft hinwegzieht – in den Sand steckt, der wird nicht erleben, dass der Sturm verschwindet. Er wird sich hinterher genauso die Frage stellen müssen, wie er den gesellschaftlichen, den wirtschaftlichen Wandel dann tatsächlich gestalten will.

Das gilt natürlich auch für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. In diesem Land haben innovative Unternehmen Dinge erfunden, die später weit über die Landesgrenzen hinaus Erfolg hatten. Jeder von Ihnen kennt den Strandkorb, mit dem dieses Land ja auch wirbt, der hier in unserem Land, übrigens in Rostock, in der Stadt, in der ich lebe, entwickelt, erfunden wurde. Ein anderes Beispiel, mit dem Sie vielleicht auch alle mehr oder weniger zu tun haben, zumindest im übertragenen Sinne, ist der Schleudersitz. Ich meine das jetzt nicht auf die politische Arbeit bezogen, aber der Schleudersitz ist tatsächlich auch in diesem Lande, in Rostock erfunden worden.

Wir haben also durchaus in der Vergangenheit – und wir werden das auch zukünftig haben – innovative Unternehmen, Unternehmen, die wirtschaftliche Trends erkennen, die tatsächlich diese Chancen nutzen. Die Digitalisierung, sehr geehrte Damen und Herren, ist eben nicht nur eine Gefahr für die Wirtschaft unseres Landes, sie ist auch eine Chance für die Unternehmen, neue Produkte, neue Arbeitsprozesse, neue Produktionsprozesse zu entwickeln, um ihre Chancen am Markt zu sichern, zu verbessern, weiterzuentwickeln. Nur, Digitalisierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bedeutet natürlich nicht 50 MBit, da ist dann anderes gefordert.

Wie gesagt, Digitalisierung stellt für innovative Unternehmen – und die gibt es genügend in unserem Land – eine Herausforderung dar, aber auch eine Chance. Da mag man im ersten Moment denken, dass die geringe Größe der Unternehmen hier bei uns im Land – wir haben eine durchschnittliche Größe von zehn Beschäftigten in den Unternehmen – tatsächlich ein Hindernis sein kann. Natürlich ist das erst mal hemmend, aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie sich mal ein anderes Beispiel und gucken Sie auf eine der größten Industrienationen. Man mag

es nicht glauben, dass das der Fall ist, aber es ist tatsächlich so. Nehmen Sie als Beispiel Italien. Es ist nach Deutschland trotz Rezession, trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten, trotz politischer Schwierigkeiten, auch mit sehr starken Rechten in dem Land, eine der stärksten Industrienationen innerhalb der Europäischen Union und der Welt. Gucken Sie sich die wirtschaftliche Zusammensetzung an, die Wirtschaftsstruktur in Italien! Sie ist fast genauso wie in unserem Land. Sie haben über 80 Prozent Unternehmen, die weniger als zehn Beschäftigte haben, und trotzdem ist dieses Land – das zeigt ja auch, dass wir das schaffen können, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir diese innovativen Unternehmen, die wir haben, tatsächlich unterstützen können – wirtschaftlich stark. Und wenn Sie das Beispiel Norditalien nehmen, wo eine Vielzahl dieser Unternehmen tatsächlich ansässig ist, auch dort werden deutlich bessere Löhne gezahlt, als es zum Beispiel momentan noch bei uns im Land der Fall ist.

Die Größe, die Unternehmensstruktur ist also nicht das Problem, sie ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Die andere Herausforderung – ich habe sie eben schon angesprochen – ist tatsächlich die Digitalisierung. Natürlich unterstützt meine Fraktion inhaltlich den Vorschlag der Ministerpräsidentin, den sie ja schon mit ihrer Regierungserklärung unterbreitet hat, dass Start-ups in dem Bereich Digitalisierung, Informatik, alles, was mit dem Bereich dieser Entwicklung und auch die Verbindung in die Unternehmen zu tun hat, tatsächlich unterstützt werden müssen.

Aber die Frage, die wir uns in dem Zusammenhang stellen müssen, sehr geehrte Damen und Herren, ist: Wie bringen wir diese Prozesse eigentlich an die Unternehmen heran? Deswegen ist es aus Sicht meiner Fraktion dringend erforderlich, dass wir nicht nur die Infrastruktur – und damit meine ich jetzt, wie gesagt, deutlich leistungsstärkere Netze als die 50 MBit, die wir für die Verbraucher in diesem Lande in erster Linie entwickeln wollen – zur Verfügung stellen, wir brauchen Prozesse, die das, was wir an Lösungen erarbeiten wollen, im Zusammenhang mit der Herausforderung der Digitalisierung in diese Unternehmen hineinbringen.

Wie vernetzen wir tatsächlich diese Unternehmen? Wie bringen wir sie zusammen, obwohl sie möglicherweise in unterschiedlichen Regionen leben? Wie bringen wir sie zusammen, obwohl sie eigentlich völlig unterschiedliche Produkte entwickeln und trotzdem vielleicht die gleichen Arbeitsprozesse haben oder auch nur die gleichen Kunden? Wie können wir diesen Unternehmen dabei behilflich sein, dass sie möglicherweise, obwohl sie so kleinteilig strukturiert sind, an die großen Endabnehmer kommen, die für sie auch im globalen Wettbewerb interessant sind? Deswegen ist es gut gewesen, meine Damen und Herren, dass mit der Reise der Ministerpräsidentin nicht nur zwei, drei große Player aus diesem Land mit nach Sankt Petersburg gefahren sind, sondern auch kleinere Unternehmen, kleinere Unternehmen tatsächlich bis zu einer bestimmten Größenordnung. Wenn ich das richtig im Kopf habe, hatte das kleinste Unternehmen, das mitgefahren ist, tatsächlich nur vier Beschäftigte. Das ist der Weg, wie wir die Unternehmen bei uns im Land stärken müssen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Es ist gut, wenn wir Unternehmen von außen ansiedeln, das ist sinnvoll, das schafft Arbeitsplätze, aber wir müssen die Unternehmen, die wir hier im Lande haben, tatsächlich auch stärken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir den Menschen in diesem Land sagen, Globalisierung, Digitalisierung, Internationalisierung, das sind Herausforderungen, aber es sind auch Chancen und es ist zumindest nichts, sehr geehrte Kollegen, was zunächst nur dafür da ist, Angst zu haben. Wir werden mit Angst die Zukunft unseres Landes nicht gestalten, sondern wir werden nur dann tatsächlich erfolgreich sein, wenn wir diese Zukunftschancen für unsere Unternehmen nutzen. Wir müssen daran arbeiten, dass wir eine moderne Industrie mit einer leistungsfähigen, digitalen Infrastruktur haben, und wir müssen dafür sorgen, dass wir die Wirtschaft professionell bei der Implementierung von Digitalisierungsstrategien unterstützen. Ansonsten, meine Damen und Herren, wenn wir nichts tun, wenn wir alles so lassen, wie es ist, wenn wir rückwärtsgewandt die

„Möglichkeiten“ – in Anführungszeichen – des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts betrachten, dann werden wir weiter hinter dem Bundesdurchschnitt liegen bleiben, nein, wahrscheinlich sogar weiter zurückbleiben.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einen Satz zur Lohnstruktur in diesem Land sagen. Die Ministerpräsidentin hat es angesprochen und in dem Zusammenhang bin ich, ich jetzt persönlich, als Abgeordneter meiner Fraktion gar nicht böse darüber, dass sie sogar vor mir geredet hat, weil sie es natürlich ermöglicht hat, auf diese Art und Weise deutlich zu machen, was die Landesregierung, die Koalitionsfraktionen tatsächlich in diesem Bereich vorhaben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Staatskanzlei, Wirtschaftsministerium, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion gemeinsam.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Kollege Renz wird sich dann ja auch freuen, wenn am 5. Dezember möglicherweise das eine oder andere Gesetz, welches wir hier auf der Tagesordnung oder wie auch immer haben, das entsprechend verbessert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –

Thomas Krüger, SPD: So ist es. –

Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich tatsächlich noch einen Satz zur Einkommensstruktur dieses Landes sagen. Glaubt denn in diesem Land wirklich jemand, dass es eine wirtschaftliche Zukunft hat, wenn wir weiterhin mit eines der Schlusslichter bei der Einkommensstruktur im Bundesdurchschnitt sind? Wir müssen dieses grundlegende Problem angehen und da geht es mir erst mal gar nicht darum, ob wir das über gesetzliche Regelungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Vergabegesetz oder gemeinsam mit den Sozialpartnern, machen, indem wir versuchen, die Tarifbindung in diesem Land zu stärken, was

dringend nötig ist. Ich gucke den Kollegen Foerster gerade an, wir können uns ja mal beide darüber unterhalten, wie stark die Gewerkschaftsmitgliedschaft zum Beispiel im Bereich der NGG in diesem Land ist. Als ich das das erste Mal gehört habe – ich will die Zahl hier gar nicht nennen, das ist erschreckend –, ist mir fast die Luft weggeblieben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende meines Redebeitrages, aber gestatten Sie mir diesen einen Satz noch: Dieses Land wird dann eine Zukunft haben, wenn es moderne, zukunftssichere Arbeitsplätze hat, die gut bezahlt werden. Die Aufforderung, die meine Fraktion hat, ist eigentlich nur die Aufforderung an Sie alle, dass wir dieses Thema völlig unabhängig davon, welche Lösungsansätze Sie präferieren, gemeinsam lösen und auf die Tagesordnung setzen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr de Jesus Fernandes.

**Thomas de Jesus Fernandes**, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Abgeordnete! Zunächst auch mal von unserer Fraktion eine gute Genesung an unsere Landtagspräsidentin Frau Bretschneider.

Ich musste schon sehr schmunzeln, als ich die Worte der Ministerpräsidentin Schwesig gehört habe, die hier über prekäre Arbeitsverhältnisse redet. Die Wahrheit ist doch, dass es die SPD war, die die Agenda 2010 durchgebracht und die meisten prekären Arbeitsverhältnisse damit erst geschaffen hat. Gucken Sie in Ihre Ministerien, Frau Schwesig! Dort gibt es befristete Arbeitsstellen ohne Begründung und so weiter und so fort, und das zieht sich dann immer so weiter.

Innovative Unternehmen und gute Löhne – natürlich eine gute Sache. Erst einmal herzlichen Glückwunsch an DIE LINKE, selbst sie hat die mittlerweile arbeitnehmerfeindliche Partei SPD zur Bundestagswahl auf Platz 4 verdrängt.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber seien Sie dann auch so ehrlich und sagen Sie, dass Sie ein Freund der Globalisierung sind und damit ein Freund von multinationalen Großkonzernen. Und sagen Sie den Bürgern dann auch, dass Sie damit eine große Mitschuld an der Lohnentwicklung in unserem Land haben und an der Vielzahl der prekären Arbeitsverhältnisse.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach so?!)

Das wäre eine ehrliche Aussage von der LINKEN.

Aber weder Innovationen noch gute Reallöhne lassen sich durch den Staat erzwingen, der Staat hat lediglich für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Seit Jahrzehnten hat dieser Staat seinen Einfluss auf die Wirtschaft innerhalb der Bundesrepublik Deutschland vergrößert, er hat sich den Staat sogar zur Beute gemacht. In den letzten 20 Jahren hat sich durch die kalte Progression das

Lohnniveau nicht erhöht, jedoch die Steuereinnahmen und Abgabeneinnahmen fast verdoppelt, und zwar von 2,2 Billionen Dollar auf heute 3,4 Billionen Dollar.

(Andreas Butzki, SPD: Aber in Europa, ja?)

Wahrscheinlich wird die Staatsquote auf der Seite des Bundesfinanzministeriums auch deshalb nur in Prozent angezeigt, weil man in Zahlen ganz genau erkennen würde, dass die Staatsquote sich in den letzten 20 Jahren um ein Drittel erhöht hat. Im Gegensatz dazu wurden unsere Bürger durch Inflation und Niedrigzins enteignet.

Heute leben wir in einer großkapitalistischen Republik unter sozialistischer Leitung.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Man muss sich dazu nur die stark subventionierte Energiewende und die Fördermittelpolitik anschauen. Dort werden mit viel Geld eine künstliche Nachfrage und künstliche Arbeitsmärkte erschaffen. Auf der anderen Seite kämpft der Mittelstand ums nackte Überleben.

(Thomas Krüger, SPD: Bisher haben  
wir noch nichts von Ihnen gehört.)

Jahr für Jahr werden sie mehr ausgepresst. Um stets neue Probleme der stets alten Parteien wenigstens finanziell zu kaschieren, werden hier wieder neue Programme aufgelegt, die den gewünschten Erfolg nicht bringen.

(Thomas Krüger, SPD: Außer  
Verschwörungstechnologien kam von  
Ihnen nichts. Wo ist das in Ihrem Programm?)

Der Mittelstand hat zu arbeiten, zu frönen und die Klappe zu halten.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Das ist der Kurs der Altparteien.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Schließlich müssen die zahlreichen Staatsschuldenzinsen, Transferleistungen für die halbe Welt sowie Fördermittelmilliarden und die Politikerpensionen erarbeitet werden. Dem Mittelstand bleibt kaum Geld oder Zeit für Innovationen oder gute Löhne.

(Minister Harry Glawe: Wer hat Ihnen  
denn den Quatsch aufgeschrieben? –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Freiheit, meine Damen und Herren, bedeutet eben nicht nur im linksliberalen Sinne, dass man in seiner Wohnung ungestört mit Freunden kiffen kann,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Chatten kann  
man auch! Chatten kann man!)

nein, wir brauchen mehr wirtschaftliche Freiheit. Freiheit bedeutet vor allem, dass man in seiner wirtschaftlichen Autonomie nicht permanent vom Staat eingeschränkt, gegängelt oder ausgeraubt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Andreas Butzki, SPD: Das erzählt  
uns der Chatexperte!)

Der Mittelstand, die mittelständische Wirtschaft muss wieder frei vom Diktat des bürokratischen Amtsschimmels werden. Der Mittelstand muss wieder Zeit haben, Dinge auszuprobieren, und über finanzielle Polster verfügen, um Risiken von Produkteinführungen angehen zu können.

(Thomas Krüger, SPD: Welche Dinge?)

So viel zur Philosophie. Schlimmer wird es, wenn wir auf die nüchternen Fakten schauen. Im Jahre 2014 gab es aus Mecklenburg-Vorpommern 230 Patentanmeldungen beim Deutschen und Europäischen Patentamt.

(Zuruf aus dem Plenum: Welche?)

Bis ins Jahr 2016 sank diese Zahl auf 161. In der gesamten Bundesrepublik wurden 73.000 Patente angemeldet, das heißt, dass gerade einmal 0,2 Prozent der Patente hier in Mecklenburg-Vorpommern angemeldet wurden, obwohl unser Land 2 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

(Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihr Programm dafür, dieses zu verbessern?)

Rein mengenmäßig findet Innovation hier im Land nicht statt, die Innovation liegt hier fast bei null.

Es liegt nicht am Geld. Die Landesregierung pumpt vergleichsweise viel Geld, aber in falsche Projekte.

(Thomas Krüger, SPD: Aha!  
Welches schlagen Sie denn vor? –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das Problem liegt darin, dass kaum jemand Ingenieure, Informatiker und Naturwissenschaftler ausbildet.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Beispielsweise lag der Absolventenanteil mit einem ingenieurwissenschaftlichen Studium in Mecklenburg-Vorpommern bei 15,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 20 Prozent. Der Anteil der MINT-Wissenschaftler am

wissenschaftlichen Personal ist mit 27,6 Prozent der zweitniedrigste aller Bundesländer.

(Thomas Krüger, SPD:  
Wie wollen Sie das ändern?)

Tausende studierte Politikwissenschaftler oder Sozialpädagogen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, wenn wir  
sie mal hätten, aber wir haben sie doch nicht.)

werden für die Ära der Digitalisierung keine Innovationen entwickeln. Das ist leider so.

Damit sind wir schon beim nächsten Thema.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Kaum ein Land in der Republik ist so undigitalisiert wie Mecklenburg-Vorpommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber bei Ihnen  
hat der Chat doch funktioniert, oder?! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Doch gerade innovative Unternehmen benötigen schnelle, verlässliche Leitungen. Wir sprechen hierzulande von der Telemedizin, aber kaum ein Haushalt auf dem Land hat eine Datenübertragungsrate von mehr als 16 MBit in der Sekunde. Wie soll bitte da zum Beispiel eine Liveübertragung von HD-Videos funktionieren, die ein Arzt für eine Ferndiagnose bräuchte?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder Ihre Videos.)

Wir drucken Arztbriefe aus, faxen diese an eine andere Klinik, die sie dann einscannen können.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist die Digitalisierung, meine Freunde, in der Sie hier von Mecklenburg-Vorpommern reden.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee, nee,  
ich bin nicht Ihr Freund! Niemals!)

Wir leben in einem Land mit 0,2 Prozent Innovation, wenn man die Prozentzahl zugrunde legt.

Welche Mittel zur Innovationsförderung stehen uns jetzt überhaupt noch zur Verfügung? Ab 2020 laufen die meisten EU-Fördermittel und der Solidarpakt II aus. Ich will mit Herrn Brodkorb in zwei Jahren gar nicht tauschen, wenn er das Haushältchen 2020/2021 vorstellen muss.

(Thomas Krüger, SPD:  
Der würde Sie auch nicht wählen.)

Es ist klar ein Versagen der CDU und SPD und auch der Linkspartei.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wie will man den Wettbewerbsvorsprung anderer Regionen und Länder nun noch in Sachen Innovationen und Löhne einholen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

beschränken wir uns doch auf das, was wir gut können: den Tourismus, die Gesundheitsbranche, den Schiffbau und die Teledienstleistungen! Lassen Sie uns realistisch bleiben, lassen Sie gerade diese Branchen durch günstige

Steuerkonditionen anlocken und fördern, lassen Sie uns dort unsere Wettbewerbsvorteile ausbauen und lassen Sie uns klare Akzente in der Bildungspolitik setzen!

(Andreas Butzki, SPD: Welche? –  
Thomas Krüger, SPD:  
Wie? Wie? Sagen Sie mal!)

Wir brauchen mehr MINT-Absolventen, wir brauchen Orte mit schnellem Internet und einer guten Infrastruktur. Das garantiert gut zahlende Unternehmen, das schafft bessere Rahmenbedingungen für innovative Existenzgründer und letztendlich auch gut bezahlte Stellen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas Krüger, SPD: Keine einzige  
Äußerung, wie Sie das machen wollen.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

**Wolfgang Waldmüller**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal war ich ein bisschen überrascht ob der Einführung, nicht wegen der Redereihenfolge, sondern der doch etwas moderateren Töne. Ich freue mich natürlich, dass der wirtschaftspolitische Kurs des Wirtschaftsministers auch hier bestätigt wird. Es spricht für Kontinuität, dass in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart gute Arbeit geleistet wurde und die Herausforderungen, die sich uns stellen, so, wie sie Herr Schulte beschrieben hat, was die wirtschaftliche Entwicklung im Land bedeutet, in den richtigen Händen sind. Das freut mich sehr.

Zu dem Thema „Innovative Unternehmen und gute Löhne für ein starkes M-V“: Ich denke, das Thema war jetzt nicht die große Überraschung, aber man könnte, wenn man das Thema so sieht, auch unterschiedliche Dinge hineininterpretieren. Was wird suggeriert? Dass innovative Unternehmen nur die sind, die auch gute Löhne zahlen? Was ist denn die Definition von „gute Löhne“? Oder soll ...

(Thomas Krüger, SPD: Na vielleicht, dass  
Wirtschaft auch für die Menschen gut sein soll.)

Ich komme noch dazu, Herr Krüger. Wir sind nicht so weit auseinander. Warten Sie einen kleinen Augenblick!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Oder soll hier kleinen und mittelständischen Unternehmen die Innovation abgesprochen werden, weil sie nicht den Spielraum haben wie beispielsweise große Unternehmen? Ich möchte zunächst allen Unternehmen die Innovationsfähigkeit bezeugen im Land Mecklenburg-Vorpommern, weil sonst könnten sie sich in dem Wettbewerb ja gar nicht behaupten.

Was bewirkt eine politische Aussage, Herr Krüger, ein politisches Signal, das Sie senden wollen mit „gute Löhne“? Das soll suggerieren, dass Sie die Partei sind, die dafür sorgt, dass es gute Löhne in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern geben wird,

(Jochen Schulte, SPD: Deswegen hat die  
SPD das ja auch im Wahlkampf plakatiert.)

und da sind die anderen – möglicherweise soll Sie das auch differenzieren von anderen Parteien –, die das möglicherweise nicht tun. Und da, das möchte ich Ihnen sagen, unterscheiden wir uns eben nicht. Wir sind genauso dafür, dass unser Anliegen sein muss, dass die Löhne und Gehälter in Mecklenburg-Vorpommern steigen und dass die Unternehmen aber auch keinen Wettbewerbsnachteil sehen. Also dieses politische Signal, dass wir alle dafür sind, dass die Löhne und Gehaltsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern steigen, das, denke ich, können wir alle miteinander senden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Der Weg, wie man das tut, da sind wir mit Sicherheit unterschiedlicher Auffassung. Das kann man jetzt politisch natürlich par ordre du mufti auf den Weg bringen wollen

(Vincent Kokert, CDU: Das hat  
die DDR auch proklamiert.)

oder an der Realität orientiert volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen und befördern, damit die Unternehmen in die Lage versetzt werden, höhere Löhne und Gehälter zu zahlen.

(Thomas Krüger, SPD: Diese Sprüche habe  
ich bei den Mindestlöhnen auch gehört.)

Ich halte, Herr Krüger, nichts davon, die Wirtschaft oder die Unternehmen mit irgendwelcher Klassenkampfrhetorik zu überziehen, wie es in der Vergangenheit manchmal war, oder zu unterstellen, sie wollen keine höheren Löhne zahlen, weil sie sich nur die Taschen vollmachen wollen, gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs, der Fachkräftenot. Was ist das für eine Wertschätzung, die man, wenn man so etwas tut, gegenüber Unternehmen ausspricht? Ich halte ...

(Manfred Dachner, SPD: Das  
haben Sie doch jetzt frei erfunden.)

Nein, das habe ich nicht. Ich kann Ihnen Ihre Pressemitteilungen alle auf den Tisch legen.

Ich halte nicht viel davon, Partner, also die Unternehmen und die Mitarbeiter, gegeneinander auszuspielen, und ich halte auch nichts davon, wenn man Neiddiskussionen schürt. Es geht um ein Miteinander von Unternehmen und Mitarbeitern, und das wissen die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sehr wohl. Es ist in der Vergangenheit auch gar nicht so schlecht gelaufen und das hat die Ministerpräsidentin ja auch gesagt. Die Arbeitslosigkeit wurde halbiert, wir haben über 50.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, in Teilen des Landes gehen wir auf die Vollbeschäftigung zu, die Gehälter in Mecklenburg-Vorpommern sind gestiegen, im letztem Jahr alleine 3,5 Prozent im Vergleich zum Bund bei 2,5 Prozent, und die verfügbaren Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern sind gegenüber denen anderer Bundesländer gleichgezogen. Da hilft es auch nicht, wenn man immer einen Vergleich macht zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den westlichen und den Abstand aufführt, sondern Sie müssen dann schon auch einmal in die Tiefe gehen und die verfügbaren Einkommen und die Lebenshaltungskosten mit einbeziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Sebastian Ehlers, CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren, die positiv Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt natürlich die Arbeitgeber auch unter Handlungsdruck. Da brauchen wir geeignete Bedingungen, erfolgreich Fachkräfte werben zu können,

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

und da gehört natürlich das Lohn- und Gehaltsgefüge als ein Mittel natürlich dazu. Aber ich verweise auch auf die Ausbildungsplätze. Die Zahl der Ausbildungsplätze für die Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren weiter vergrößert. Zu Beginn des Ausbildungsjahres kamen auf einen Bewerber noch fast zwei mögliche Lehrstellen. So erfreulich diese Situation für die Ausbildungsplatzsuchenden ist, umso beunruhigender ist das aber für die zukünftige Fachkräfte suchende Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wirtschaft braucht dringend Fachkräfte und

Fachkräfte fragen nach attraktiven Arbeitsbedingungen. Entlohnung ist dabei eine wichtige Komponente.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Da sind wir uns einig.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Auch deswegen haben die Koalitionspartner in Punkt 17 der Koalitionsvereinbarung vereinbart, dass wir auf eine höhere Tarifbindung hinwirken wollen. Das haben wir ganz bewusst so in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, weil wir Anstrengungen unternehmen, um die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, dies tun zu können. Da haben wir unter anderem aber auch mit hineingeschrieben – und das war uns ganz, ganz wichtig, aus gutem Grunde –, dass wir einen Punkt voransetzen, in dem steht, dass die SPD und die CDU gemeinsam die Tarifautonomie wahren. Da gibt es auch keinen Dissens, denke ich und hoffe ich auch.

Der Koalitionsvertrag umreißt hier schon einen Zielkonflikt, der Wunsch nach höheren Löhnen treibt uns also um. Gleichzeitig setzt die Tarifautonomie natürlich enge Grenzen, insbesondere, wenn es ein politisches Hinwirken auf eben dieses Ziel gibt. Auch wir wünschen – ich habe das jetzt nun oft genug gesagt – höhere Löhne und Gehälter. Aber diesen Wunsch kann man nicht über die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland stellen, denn unser Grundgesetz bürgt in Artikel 9 sowohl für eine auch negative Koalitionsfreiheit als auch in Artikel 2 für Vertragsfreiheit. Arbeitnehmer und Arbeitgeber dürfen sich zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zusammenschließen. Sie haben das Recht, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu gründen und sich diesen anzuschließen. Aber sie haben auch das Recht, solchen Zusammenschlüssen fernzubleiben. Es ist jedermann gestattet, Verträge zu schließen. Diese Verträge können sowohl hinsichtlich des Vertragspartners als auch des Vertragsgegenstandes frei bestimmt werden. Das sind die Rahmenbedingungen – das will ich nur sagen –, in denen wir agieren können, einen anderen Rahmen haben wir nicht, und dieser Rahmen hat Verfassungsrang.

Meine Damen und Herren, der Arbeitskreis Wirtschaft meiner Fraktion war im Sommer in zahlreichen Unternehmen unterwegs, beispielsweise im Westen des Landes, wo die Rahmenbedingungen dank der Ausstrahlung der Metropolregion Hamburg besonders wirksam sind. Wir waren in Betrieben in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte und wir waren in Vorpommern, auch in Neubrandenburg und in Ueckermünde.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wir waren bei engagierten Unternehmen, die etwas für ihre Region tun, die Arbeitskräfte auch in schwierigen Situationen behalten haben, ihnen Perspektiven bieten, kleine und mittlere Unternehmen, deren Spielräume in der Lohnpolitik viel geringer sind als etwa bei großen Unternehmen.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern variieren Lohnunterschiede mit regionalen Gegebenheiten. Wir dürfen kleine und mittlere Unternehmen für strukturelle Herausforderungen ihrer Regionen nicht auch noch bestrafen. Das ist auch ganz bestimmt nicht das Ziel, das sich die GRW-Förderung setzt. Es geht darum, strukturschwache Regionen an die allgemeine Wirtschaftsstruktur heranzuführen, damit sie eben – das viel Gesagte – tarifgleiche Löhne, höhere Löhne, bezahlen können.

Den Initiatoren des heutigen Themas möchte man zurufen, selbst in großen Unternehmen scheinen die Spielräume der Lohnpolitik manchmal begrenzt zu sein. Ich denke dabei an die Tarifbindungsdiskussion in der SPD-Mediengruppe Madsack, einer Verlagsgesellschaft mit über 4.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von knapp 670 Millionen Euro,

(Henning Foerster, DIE LINKE:

Darüber reden wir morgen.)

bei uns im Land relevant mit der „Ostsee-Zeitung“, das ist eine hundertprozentige Tochter. Auch hier wünscht sich die CDU-Fraktion höhere Löhne. Aber hier wird ganz besonders deutlich, wie begrenzt der Einfluss der Politik auf Lohnfindung sein kann.

Meine Damen und Herren, es gibt den Geschäftsbericht der Madsack und ich darf kurz zitieren, da steht: „Die Gesamtentwicklung führt schon jetzt zu noch höherem Kostendruck in den Verlagen, der – wie bereits in den vergangenen Jahren beschrieben – insbesondere Personalkosten betreffen wird. Es bleibt ein Trauerspiel, dass es den Tarifparteien nicht gelungen ist, einen Antwortkorridor dafür zu entwickeln wie ein Tarifmodell der Zukunft aussehen kann. Im Ergebnis schreitet die Erosion der Flächentarifverträge voran“ und so weiter. Es gibt also einen Kostendruck in der Medienholding, der Tarifmodelle verhindert. Warum unterstellt man dann, dass dies nicht für kleine und mittelständische Betriebe in Mecklenburg und Vorpommern genauso gilt, was für einen Großbetrieb mit über 4.000 Mitarbeitern gilt?

Aber – ich komme zum Schluss – wir sind hier nicht weit auseinander.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Unser Streben, Unternehmen in die Lage zu versetzen, höhere Löhne und Gehälter zu zahlen, eint uns und das wollen wir auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die erfolgreiche Entwicklung, die wir in der Wirtschaftspolitik – ich komme zum Schluss – in Mecklenburg-Vorpommern genommen haben, fortsetzen! Lassen Sie uns die Erfolge nicht aufs Spiel setzen, insbesondere in wirtschaftlich wenig prosperierenden Regionen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich denke, Sie kommen zum Schluss, Herr Waldmüller?!)

Lassen Sie uns den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine falschen Versprechungen machen, die wir möglicherweise aufgrund des ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Waldmüller, ich habe jetzt wirklich großzügig Ihre Redezeit ...

**Wolfgang Waldmüller,** CDU: Einen Satz?!

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Nein, keinen Satz mehr! Nein, es tut mir leid, keinen Satz mehr!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Ihre Redezeit ist abgeschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und AfD)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, wenn wir jetzt einen neuen Plenarsaal haben, dann sollten wir uns wirklich befeißigen, dass, wenn die rote Lampe leuchtet, die Redezeit abgeschlossen ist. Wenn man dann noch einen kurzen Satz sagt, um mit seinen Gedanken zu Ende zu kommen, dann ist das in Ordnung. Aber wenn es mehrere Sätze werden und wir bald eine halbe Minute erreichen, dann werde ich das nicht zulassen, sondern muss in Zukunft jeden Redner sofort unterbrechen und er kann dann nicht noch einen Abschlusssatz sagen. Zwischen diesen beiden Varianten können wir uns entscheiden. Ich schlage Ihnen vor, dass ich jedem Redner nach Erleuchten der roten Lampe noch einen Satz zulasse, wenn es denn kein Kettensatz ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU –  
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Aber sollte es mehr werden, müssen wir ganz rigide vorgehen.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Herrn Foerster.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU  
und Marc Reinhardt, CDU)

**Henning Foerster**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Innovative Unternehmen und gute Löhne“ – beim Thema der Aktuellen Stunde fiel mir spontan ein alter Popsong ein, über den ich jüngst gestolpert bin.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Na, nicht schon vorher drüber grinsen, Herr Foerster!)

Er stammt aus dem Jahr 1978, wird gesungen von Dalida und Friedrich Schütter und heißt, Zitat: „Worte, nur Worte“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Beifall Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE –  
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Im Liedtext heißt es, Zitat: „Immer nur Worte, nichts als Worte, nichts als das alte Lied.“

(Vincent Kokert, CDU: Herr Foerster, wen kritisieren Sie jetzt? Da hin oder uns?)

Auch fiel mir der Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ ein.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,  
und Torsten Renz, CDU –  
Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Bringt man nun beides zusammen – hören Sie zu, Herr Renz! –, erhält man so etwas wie die akustische und visuelle Darstellung von SPD-Politik zum heutigen Thema, und das nicht nur im schon verstrichenen Jahr seit der letzten Landtagswahl.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Denn seit Jahren redet die SPD viel und gern über die Notwendigkeit guter Löhne. Und immer wieder brauchte es Druck von links,

(Beifall vonseiten der Fraktion der LINKE –  
Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oooh!)

damit aus dem Gerede wenigstens ein Stück Bewegung in die richtige Richtung wurde. So war es beim gesetzlichen Mindestlohn und so ist es aktuell auch beim Thema „Vergabegesetz des Landes“ und der Bindung der Wirtschaftsförderung an die Kriterien guter Arbeit.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Zur Erinnerung, Herr Schulte: Das Ziel, die Tarifbindung im Land zu stärken, stand schon im letzten Koalitionsvertrag. Das Ergebnis Ihres kraftvollen Engagements

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

gemeinsam mit der CDU war die weitere Erosion selbiger, konkret von 48 Prozent der Beschäftigten auf aktuell nur noch 42 Prozent.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oi, oi, oi! –  
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und weil das genau so ist, haben auch in Mecklenburg-Vorpommern so viele Beschäftigte von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns profitiert.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Auch deshalb liegen nämlich die Bruttodurchschnittslöhne nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bei den schon erwähnten 2.306 Euro und damit auch im Jahr 27 nach der politischen Wende immer noch 800 Euro unter Westniveau. Und ich wage mal die Behauptung, dass Sie, wenn das so bleibt, so viele Pendleraktionstage an den Bahnhöfen Mecklenburg-Vorpommerns machen können, wie Sie wollen, dann werden die Leute auch weiterhin, insbesondere aus Westmecklenburg, nach Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen fahren.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –  
Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,  
und Vincent Kokert, CDU)

Sie kennen vermutlich auch den Spruch „Im Durchschnitt ist die Kuh ersoffen“,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

will heißen, im richtigen Leben da draußen bekommen viele Beschäftigte ja nicht mal den genannten Durchschnittsbruttolohn.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Deswegen brauchen wir jetzt auch Taten und nicht mehr das seit Langem insbesondere von SPD-Seite in Wahlkämpfen, im Parlament und auch im Bündnis für Arbeit praktizierte Gerede.

Ich will noch mal daran erinnern, was das A und O erfolgreicher Unternehmen ist, das sind nämlich die Beschäftigten, die den Erfolg sichern.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Übrigens waren einige vor Jahrzehnten schon mal weiter.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich möchte Robert Bosch zitieren, bekanntermaßen kein Linker, Herr Renz, sondern ein deutscher Industrieller, der einmal sagte, Zitat: „Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne bezahle.“

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Der gute Mann hatte nämlich eins begriffen, dass arbeitende Menschen, die nicht von Existenzängsten geplagt werden und stattdessen zufrieden sind, motivierter ans Werk gehen und im Übrigen auch seltener krankheitsbedingt ausfallen. Genau darum

geht es. Wenn die Politik das endlich versteht, dann kommen wir in Mecklenburg-Vorpommern auch weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Einige Unternehmen haben das bereits begriffen. In der vergangenen Woche durfte ich mit dem Wirtschaftsausschuss des Landtages in Wismar auf der MV Werft zu Gast sein. Die Geschäftsführung hat uns die ambitionierten Pläne für den Bau hochkomplexer sogenannter Global-Class-Kreuzfahrtschiffe präsentiert. Da besteht übrigens Konsens zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung darüber, dass man, wenn man sehr gut ausgebildete Fachkräfte halten und gewinnen will, denen auch etwas bieten muss und dass man die nicht für 8,84 Euro bekommen wird. Deswegen ist es dort auch selbstverständlich, dass Metall-Tarif gezahlt wird, dass man Kontakte zu Studierenden pflegt, Zulieferer als Partner betrachtet und einbindet und dass man vor allen Dingen Personale hält und qualifiziert, obwohl man sie vielleicht im Moment in der Anzahl noch gar nicht benötigt.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Nun ist auch mir klar, dass man solche Konzerne, große Unternehmen wie Genting, nicht mit einem 5-Mann-Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern vergleichen kann, aber ich sage, man muss zweierlei Dinge tun: Man muss zum einen die Chancen nutzen, die sich mit dem Bau dieser Ozeanriesen beispielsweise für die Werften, die Standorte und die regionale Wirtschaft drum herum bieten, und man muss andererseits überlegen, wie man tatsächlich kleine Unternehmen besser unterstützen kann. Da gibt es ja viele Ansatzpunkte, die man nennen könnte, zum Beispiel die bessere Unterstützung bei der betrieblichen Gesundheitsvorsorge, Hilfe bei der Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt, die Beratung bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge, die Ausweitung der Mittel für die Verbundforschung oder auch die Herstellung von Chancengleichheit im Zusammenhang mit Ausschreibungen.

Aktuell sind kleine Unternehmen bei der Frage, ob sie Tarif zahlen oder nicht, ob sie öffentliche Aufträge bekommen oder nicht, ein Stück weit in den sogenannten Hintern

gekniffen, weil da in aller Regel der Preis regiert und nichts anderes. Ich hatte heute eigentlich erwartet, dass auf der Tagesordnung der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause ein Entwurf Ihres tollen, unschlagbaren Vergabegesetzes steht, Herr Schulte. Gefunden habe ich nichts und seit gestern 17.00 Uhr weiß ich auch, warum. Sie wollen bis Anfang Dezember weiterreden

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Gut Ding will Weile haben.)

und dann geschlagene 14 Monate, nachdem sich dieses Parlament konstituiert hat, endlich erste Vorschläge präsentieren, wie Sie das Gesetz ändern und auch für neue überarbeitete Förderrichtlinien sorgen können.

Immerhin spricht, nachdem wir im Sommer noch einen Schlagabtausch zur Auslegung des Koalitionsvertrages bezüglich dieser Themen erleben durften, nun auch die CDU von der Notwendigkeit wettbewerbsfähiger Löhne.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Herr Kokert, „gute Löhne“ hätte mir besser gefallen. Das haben ja auch Ihre Strategen aus dem Konrad-Adenauer-Haus im Bundestagswahlkampf landauf, landab plakatiert.

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin aber  
nicht bei den LINKEN, Herr Foerster!)

Man muss ja staunen, was sich in einem Jahr Abwesenheit vom Landtag so alles ändert.

(Heiterkeit und Beifall  
vorseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Ausgerechnet ein CDU-Wirtschaftsminister will jetzt auch die Langzeitarbeitslosigkeit mit Bürgerarbeitsplätzen bekämpfen

(Vincent Kokert, CDU: Ja, und nun?)

und reicht, wie ich jüngst lesen durfte, Preise für die Gesundheitsförderung aus.

(Vincent Kokert, CDU: Dann loben  
Sie das doch mal, Herr Foerster! –  
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Links wirkt! Links wirkt!)

Bei kleinen Unternehmen in der letzten Legislatur alles noch „linkes Teufelszeug“ –  
na ja.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,  
und Dietmar Eifler, CDU)

Herr Minister, vielleicht müssen wir beide auch mal einen Werbespot drehen, so nach  
dem Motto „Wer hats erfunden?“

(Heiterkeit und Beifall  
vorseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Minister Harry Glawe: Im Zweifel  
die CDU! Im Zweifel die CDU!)

Ich nehme dann in Anspruch, dass ich das kleine Männchen bin, das Sie befragt.

Aber Spaß beiseite, meine Damen und Herren! Es geht ja auch darum, alte  
Denkmuster zu überwinden. Die Vereinbarkeitsfragen mit Erwerbs- und Privatleben  
dürfen eben nicht nur unter dem Aspekt der steigenden  
Flexibilisierungsanforderungen in Unternehmen diskutiert werden. Der Mindestlohn  
muss als das begriffen werden, was er ist, nämlich eine Lohnuntergrenze.

(Torsten Renz, CDU:  
Wie viel hätten Sie denn gern?)

Und, Herr Waldmüller, Tarifflicht und die Mitgliedschaft in sogenannten OT-Arbeitgeberverbänden müssen weiterhin stärker thematisiert und aus meiner Sicht geächtet werden. Die Landesregierung muss im Dezember endlich Farbe bekennen und ernst machen mit den Vorhaben, die ich aufgezählt habe.

Darüber hinaus sollten wir im Übrigen auch im Bundesrat wieder Druck machen, um die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zu erleichtern. Wie wichtig das ist, können Sie sehen, wenn Sie sich mal mit der Tarifaufeinanderersetzung im Einzelhandel beschäftigen. 2014, wo wir noch 30 Prozent Tarifbindung hatten, haben wir heute, drei Jahre später, nur noch 21 Prozent.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Folge davon ist, dass die überwiegend weiblichen Beschäftigten in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind und eine der größten Gruppen, der sogenannten Aufstockerinnen, in Deutschland darstellen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das können wir nur ändern,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wenn wir noch mal über das Vetorecht für die Arbeitgeber im gemeinsamen Ausschuss reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren der SPD, wollen wir hoffen, dass den großen Ankündigungen von gestern Nachmittag nun auch tatsächlich große Taten folgen.

(Vincent Kokert, CDU: Da mache ich Ihnen nicht viel Hoffnung.)

Aus unserer Sicht kann es schlichtweg nicht sein, dass wir einerseits Unternehmen bei größeren und kleineren Investitionsvorhaben unter die Arme greifen und die dann hinterher Löhne zahlen, die direkt in die Altersarmut führen. Das wäre eine absurde Geschichte.

Und, Herr Waldmüller, auch noch eine Bemerkung zum Sommertheater zwischen den Koalitionsfraktionen: Wenn das Land als Fördermittelgeber Bedingungen für die Ausreichung selbiger definiert, hat das nun wirklich überhaupt nichts mit Tarifautonomie zu tun. Das sollten Sie als Chef eines Unternehmerverbandes nun wirklich besser wissen, und diese Mär sollten Sie auch nicht weiterverbreiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir werden der Landesregierung, die es ja bislang nicht mal geschafft hat, das Bündnis für Arbeit, das immer so hoch gelobt wird als gemeinsame Gesprächsebene zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik, ein Mal tagen zu lassen, auf die Finger schauen, damit es nächstes Jahr nicht wieder heißt „Worte, nur Worte“ oder „Und täglich grüßt das Murmeltier“. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BMV der Abgeordnete Herr Wildt.

**Bernhard Wildt**, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Die Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern formuliert zum aufgerufenen Thema eine klare Zielposition: Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern soll wachsen, damit ein Wachstum der Durchschnittslöhne daraus finanziert werden kann, denn alles das, was verteilt werden soll, was als Lohn ausgezahlt werden soll, muss ja vorher erst einmal verdient und erarbeitet werden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Mit einer Schlusslichtposition in Deutschland können und wollen wir uns nicht abfinden.

(Beifall Ralf Borschke, BMV)

Mehr Einkommen bedeutet gerade im Falle von Mecklenburg-Vorpommern eine massive Verbesserung der Lebenssituation.

Und, Herr Waldmüller, da hilft auch der Vergleich der Lebenshaltungskosten beziehungsweise des frei verfügbaren Einkommens nicht weiter. Die vorpommerschen Landkreise sind deshalb so prekär, weil wir dort in den Urlaubsgebieten recht hohe Lebenshaltungskosten gerade im Wohnbereich und gleichzeitig niedrige Löhne antreffen. Diese niedrigen Löhne liegen zum Teil an den Saisonarbeitsplätzen. Wir brauchen mehr gut bezahlte Ganzjahresarbeitsplätze. Und es bedarf mehr hoch qualifizierter Arbeitsplätze, zum Beispiel in der gewerblichen Produktion mit exportfähigen Produkten oder in innovativen Unternehmen, die zum Beispiel die Chancen der Digitalisierung nutzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Internationalisierung bietet viele Chancen, da haben Sie recht, Herr Schulte, die Globalisierung. Wir sind auch für den freien Welthandel, aber wir legen sehr viel Wert auf faire Regeln. Freier Welthandel und Globalisierung funktionieren nur, wenn die Regeln fair sind, und das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Ein breiteres Spektrum an beruflichen Möglichkeiten dient darüber hinaus nicht nur der

Einkommenssteigerung, sondern bietet den jungen Menschen im Land auch vielseitigere berufliche Perspektiven, sodass sich mehr junge Menschen entscheiden können, im Lande zu bleiben oder auch nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen.

Das Wachstum innovativer Unternehmen und das Aushandeln von Tariflöhnen in der freien Wirtschaft sind keine staatlichen Aufgaben. Die Politik kann also weder seriös Versprechungen machen, noch hätte eine staatliche Instanz überhaupt die Möglichkeit zu entscheiden, welche Unternehmen innovativ sind. Daher ist ein Wunschkonzert an dieser Stelle entbehrlich. Trotzdem ist es richtig, dieses Thema hier im Landtag zu diskutieren und damit eine möglichst gemeinsame Zielvorstellung für unser Land zu erarbeiten.

Ein üblicher Verlauf dieser Diskussion wäre wohl, dass Herr Minister Glawe auf die Erfolge und Fortschritte der Landesregierung hinweist. Gerade gestern wurde ja wieder ein Erfolg im Schweriner Industriepark gefeiert: Firma Ypsomet. Die Oppositionsfraktionen sind damit selbstverständlich nicht zufrieden. Gefragt sind also möglichst neue und möglichst konkrete Ideen, wie es gelingen kann, noch viele weitere innovative Unternehmen im Lande anzusiedeln oder bei deren Existenzgründung zu helfen und sie bei ihrem Wachstum zu unterstützen.

Erstens – das ist, glaube ich, das Entscheidende – ist es wichtig, immer wieder auf unternehmerfreundliche Bedingungen hinzuwirken und hinzuweisen. Es geht hierbei auch um das Image des Unternehmertums. Gerade für jüngere Menschen sollte das Unternehmertum positiv besetzt sein und nicht nur der vermeintliche krisenfeste öffentliche Dienst.

Zweitens ist die Einbeziehung der Universitäten und Hochschulen des Landes sehr wichtig. Hier stellen Hochschulabsolventen ihre ersten beruflichen Weichen und halten häufig auch nach ihrem Abschluss noch Kontakte zur Hochschule. Die Regierung sollte prüfen, ob eine weitergehende Förderung von Kontakten, unter anderem auch zu Hochschulen in anderen Bundesländern, möglich ist.

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

**Jochen Schulte, SPD:** Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Wildt! Auch wenn ich vielleicht nicht alle Ausführungen von Ihnen teile – das ist, glaube ich, das gute Recht von allen 71 Abgeordneten in diesem Parlament, unterschiedliche Auffassungen zu haben –, aber eins gestatten Sie mir an dieser Stelle doch: Ihr Redebeitrag hat sich sowohl im Duktus als auch im Inhalt sehr wohltuend von den krakeelenhaften Äußerungen Ihrer früheren Fraktionskollegen unterschieden.

(Unruhe und Heiterkeit  
vorseiten der Fraktion der AfD)

In dem Zusammenhang gestatten Sie mir, sehr geehrte Herren – Damen muss man bei Ihnen nicht mehr sagen, Sie sind ja inzwischen rein männlich –, gestatten Sie mir einen Satz im Zusammenhang mit dem Menetekel, das Sie an die Wand geschmissen haben, dass die Staatsquote in diesem Land so hoch wäre. Erstens ist die Staatsquote in Mecklenburg-Vorpommern, nein, nicht in Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik Deutschland, auch heute deutlich niedriger als in vielen anderen europäischen Ländern, mit denen wir im Wettbewerb und mit denen wir in Konkurrenz stehen. Sie liegt in Deutschland unter 50 Prozent. Wenn Sie mal nach Dänemark, Schweden, Finnland oder Belgien gehen, dann haben Sie weit höhere Staatsquoten, als das in Deutschland in diesem Jahr, aber auch in den vergangenen Jahren der Fall war. Das hat natürlich auch den Grund, dass die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, aber auch hier in unserem Land, durchaus in der Lage sind, zu investieren und entsprechend zum Bruttoinlandsprodukt beizutragen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir an dem Punkt noch eine Ausführung: Wenn man es denn schon bemängelt, dass die Staatsquote zu hoch wäre – darüber kann man ja sogar diskutieren, dass der Anteil der Gelder, die der Staat, die öffentliche Hand insgesamt am Bruttoinlandsprodukt ausgibt, niedriger sein muss –, dann würde ich doch an dieser Stelle erwarten, was man aus Ihrer Sicht machen soll, um das tatsächlich abzusenken.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nur zu sagen, wir müssen die Abgabenlast senken, kann doch wohl keine Lösung sein, denn das Problem, das dahintersteckt – da komme ich mal auf unser Land zurück – ist, dass, wenn Sie auf der einen Seite alle zusammen bemängeln, dass hier die Einkommen zu niedrig sind, und die Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern sind zu niedrig, man sich dann natürlich auf der anderen Seite fragt, wo denn der private Konsum herkommen soll, der das Bruttoinlandsprodukt nach oben trägt. Da bleibt doch nur die öffentliche Hand, um tatsächlich Gelder zur Verfügung zu stellen und auszugeben.

Das Zweite, was dazukommt, ist natürlich der Punkt – vielleicht denken Sie ja mal in einer ruhigen Minute darüber nach –, dass, wenn die Einkommenssituation, wie sie in Ostdeutschland herrscht, insgesamt in allen, nicht mehr ganz so neuen Bundesländern, so ist, wie sie ist, dass sie nämlich deutlich, auch nach 25 Jahren, unter den Verhältnissen in Westdeutschland, insbesondere im Vergleich zu Bayern, Baden-Württemberg, aber auch Hamburg ist, man doch an der Einkommenssituation dieser Menschen in diesem Land etwas ändern muss, wenn man denn überhaupt dazu kommen will, dass man den prozentualen Anteil oder das Verhältnis zwischen Ausgaben der öffentlichen Hand auf der einen Seite und insbesondere dem Konsum der privaten Haushalte nennenswert ändern will. Woher sollen denn die Leute das Geld haben, wenn sie konsumieren sollen, wenn nicht durch die Einkommen, die sie erzielen?

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig! –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit der Marktwirtschaft – ich glaube, abgesehen von Ihnen – unterstelle ich mal, dass es von den Kollegen der Linkspartei bis hin, zumindest nach dem Redebeitrag eben, zur neu gegründeten Fraktion der BMV einen Konsens gibt. Man kann sicherlich über vieles in diesem Land reden, Herr Kollege Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jederzeit, Herr Kollege!)

aber dass es ein sozialistisches System ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das muss ich strikt von mir weisen.)

das würde ich doch wirklich infrage stellen wollen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Sehr richtig!)

Wer das tatsächlich hier äußert und dabei auch noch ernst genommen werden will,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:  
Der liegt schief.)

der sollte vielleicht doch vorher den Arzt aufsuchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze – ich hoffe, ich habe noch genug Redezeit, Frau Präsidentin – zu innovativen Unternehmen in diesem Land sagen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sehr geehrte Kollegen, ich bin über jede Unternehmensansiedlung, die insbesondere industrielle Arbeitsplätze in diesem Land schafft, glücklich. Jeder Arbeitsplatz, jeder hochwertige Arbeitsplatz, der dazukommt, jeder hochwertige Arbeitsplatz, der mit Tariflohn entgolten wird, über den freue ich mich. Ich freue mich darüber, nicht nur für die Beschäftigten, die an dieser Stelle Arbeit haben, ich freue mich auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dieses Landes. Und ich glaube, auch da gibt es

keinen Dissens zwischen breiten Teilen dieses Parlaments. Selbst der Kollege Foerster, mit dem ich selten einer Meinung bin, nickt an der Stelle.

Aber vor dem Hintergrund dürfen wir nicht vergessen, dass es auch in diesem Land bereits eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die tatsächlich qualitative Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und die man bei der Weiterentwicklung unterstützen muss: auf der einen Seite natürlich durch Förderrichtlinien – ich will auf die Einzelheiten gar nicht eingehen –, aber auf der anderen Seite dadurch, dass man mal schaut, wie man sie auch in anderen Punkten unterstützen kann, zum Beispiel bei der Frage „Zugang zu digitaler Infrastruktur“.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin zusammen mit meiner Kollegin Wippermann vor ein paar Tagen bei RST gewesen, Rostock System-Technik, früher Teil der Airbusgruppe, heute gehören sie zur FERCHAU AVIATION. Das ist ein Unternehmen in diesem Land mit rund 150 Mitarbeitern, das hochkomplexe Systemlösungen im Bereich Raum- und Luftfahrttechnik anbietet, das aber die Zielstellung hat, dies nicht nur für dieses eine Unternehmen weiter zu schaffen, sondern in dem Gesamtkomplex des Konzerns, der mehrere Tausend Mitarbeiter hat, quasi ein Nukleus zu werden, um so was weiterzuentwickeln und damit neue Arbeitsplätze, auch neue Arbeitsplätze bei uns im Land zu schaffen. Wir wären doch mit dem Kantholz geprügelt, wenn wir solche Unternehmen, die wir in diesem Land haben, an der Stelle nicht unterstützen würden. Da verstehe ich dann die Diskussion, die hier teilweise geführt wird, nicht – ich gucke jetzt mal nicht Sie an, denn damit meine ich Sie nicht, sondern ich gucke mehr in die Richtung –, dass gesagt wird, das ist uns letztendlich egal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich noch einen Satz – das kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen – zum Kollegen Waldmüller und der Madsack Gruppe sagen. Wir werden ja nun morgen darüber diskutieren, wir werden sicherlich viel Spaß bei der Debatte haben,

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber bei allem Verständnis, das ich für freie Journalisten habe, auch für freie Journalisten in diesem Land, die sicherlich besser bezahlt würden, wenn sie nach Tarif bezahlt würden, ich kann an dieser Stelle nur sagen, meine Fraktion, meine Partei ist, vielleicht anders als andere innerhalb der DVVG oder überhaupt der Bundes-SPD, bei der klaren Position, dass dort Tarif gezahlt werden sollte.

(Thomas Krüger, SPD:

So ist es. Sehr klar! Sehr richtig! –

Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber mal völlig losgelöst von dieser Frage muss man doch eins klar darstellen: Wir reden in diesem Land über eine Vielzahl von Menschen, die gerade mal 80 Prozent des Bundesdurchschnittseinkommens haben. Diejenigen, die zum Beispiel in Hannover bei der Madsack Gruppe beschäftigt sind oder möglicherweise auch in diesem Land bei der einen oder anderen Zeitung, gehören zum Großteil nicht zu diesen Beschäftigten mit dieser Einkommensstruktur. Bei allem Respekt gerade auch, ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das macht es aber auch nicht besser, Herr Kollege.)

Das macht es nicht besser, Herr Foerster.

... bei allem Respekt: Wenn wir den Leuten in diesem Land in die Augen schauen wollen, die vielleicht nur 17.000/18.000 Euro brutto im Jahr verdienen – das ist nämlich die Größenordnung, über die wir reden –, dann müssen wir für diese Leute Lösungen anbieten, bevor wir, Herr Waldmüller, möglicherweise über die Beteiligungsgesellschaften der SPD diskutieren. – Vielen Dank schon mal an der Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:

Ich dachte, Herr Renz kommt noch. –

Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der AfD liegt Ihnen auf Drucksache 7/1102 ...